

Tage des Zorns in Frankreich

Nach 18 Monaten im Amt steht François Hollande vor den Trümmern seiner Politik. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Wirtschaft schrumpft, unter den Bürgern wächst die Wut.

von Karin Finkenzeller

15. November 2013



François Hollande | © Reuters

Es sind keine guten Nachrichten, die Frankreich zu diesem symbolträchtigen Tag erreichen. Am heutigen Freitag ist Staatschef François Hollande genau 18 Monate im Amt. Doch der Mann, der am 15. Mai 2012 versprochen hatte, Frankreich "wirtschaftlich wieder aufzurichten", steht vor den Trümmern seiner Politik. Vor allem die mit nahezu elf Prozent historisch hohe Arbeitslosenquote und die enorme Steuerbelastung für Privathaushalte ebenso wie für Unternehmen haben die Bürger über alle Interessenunterschiede hinweg in einer seltenen Allianz im Zorn gegen Präsident und Regierung vereint. Darunter leidet auch Europa. Wirtschaftlich, da die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der EU als Zugpferd für den ersehnten Aufschwung lahmt. Politisch, weil wichtige Reformen kaum noch möglich erscheinen und extreme Ideen, insbesondere der rechtsextremen Front National (FN), auf offene Ohren stoßen.

Das nationale Statistikamt schreckte Paris am Donnerstag mit der Nachricht auf, dass die Wirtschaft zwischen Juli und September erneut geschrumpft ist. Nach zwei Rezessionsquartalen hatte Frankreich von April bis Juni kräftig Schwung geholt. Man wähte sich über dem Berg. Zu früh.

Angel Gurría, Generalsekretär der Wirtschaftsgemeinschaft OECD, lieferte der sozialistischen Regierung zeitgleich einige der Gründe für die erneut Delle: Die Arbeitskosten seien zu hoch, das elitäre Bildungssystem zementiere die Ausgrenzung vieler Menschen. Die französische Wirtschaft verliert auf den Weltmärkten mehr Marktanteile als alle anderen Länder des Euro-Raums mit Ausnahme Italiens, lautet das ernüchternde Fazit des OECD-Berichts über die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs.

Die EU-Kommission hatte Paris bereits gemahnt, dass es bei dem aktuellen Reformtempo aussichtslos sei, bis 2015 die Neuverschuldung wieder unter das für die Euro-Staaten obligatorische Limit von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu drücken. Der Budgetentwurf Frankreichs für das kommende Jahr folge den EU-Vorgaben, lasse der Regierung in Paris aber "keinen Spielraum", hieß es in einer am Freitag veröffentlichten Stellungnahme. Dabei hatte Brüssel den Franzosen angesichts der Wirtschaftskrise bereits einen Aufschub von zwei Jahren gewährt. Die US-Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) senkte ebenfalls den Daumen – und die Bonitätsnote um eine weitere Stufe auf "AA". Die bisher unternommenen Reformen reichten nicht aus, um die Wachstumsaussichten des Landes mittelfristig zu verbessern, urteilte die Agentur.

Frankreich im Reformstau?

S&P war im Januar 2012 die erste Ratingagentur, die Frankreich die begehrte Bestnote "AAA" entzogen hatte. Von den Euro-Staaten halten nur noch Deutschland, Finnland, Luxemburg und die Niederlande dieses "Triple-A".

Die Vielzahl der Hiobsbotschaften, die Paris in den vergangenen Tagen erreichte, verstärkt die Furcht, dass Frankreich in einem gefährlichen Reformstau stecken bleibt, der jeden erhofften Aufschwung in Europa bremst. "In Frankreich ist kein Aufschwung im Gang", widerspricht Denis Ferrand, Geschäftsführer des französischen Forschungsinstituts COE-Rexecode, den Beteuerungen von der "reprise" aus dem Elysée-Präsidentenpalast und Bercy, dem Wirtschaftsministerium. Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici tat die gestrigen BIP-Quartalszahlen als "Momentaufnahme in einem holprigen Jahr" ab.

Anzeichen, dass der Aufschwung zumindest greifbar ist, wären zudem wichtig für die Moral im Lande. Doch weil die Bürger keine Erfolge sehen, die sie ihnen abverlangten Steuererhöhungen oder geplante, weil von Brüssel geforderte Einschnitte rechtfertigt, tragen sie ihren Frust nun mit Vehemenz auf die Straße. Der Widerstand gegen die ursprünglich zum 1. Januar geplante – und aufgrund der Proteste erst einmal auf Eis gelegten – Einführung einer Öko-Steuer für Lastwagen bahnt sich von der Bretagne aus seinen Weg über das Land. Die vergleichsweise läppische Ökosteuer ist dabei nur ein Symbol. "Es scheint von nun an unmöglich, das Land zu reformieren, ohne eine Revolte fürchten zu müssen", sagt Anthony Benhamou, Volkswirt an der Universität Paris Dauphine.

Paris schiebt nach kurzfristiger Entlastung

Von der Wirtschaft gibt es keine Anzeichen, die Präsident und Regierung den Rücken stärken würden. Für einen Aufschwung brauche es Unternehmen, die bereit seien zu investieren und neue Jobs zu schaffen. Dazu seien aber unternehmerische Projekte, ausreichend Finanzmittel sowie ein verständliches und vorhersehbares Steuersystem nötig, sagt Ferrand von COE-Rexecode. "Vor allem letzteres ist nicht wirklich präsent."

Laut einer aktuellen Studie des französischen Meinungsforschungsinstituts Ifop planen wegen der geltenden Steuerbelastungen 72 Prozent der Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern keine Investitionen und 46 Prozent keine Neueinstellungen. Frankreich zählt 2,4 Millionen Unternehmen mit einem bis 19 Beschäftigten. Sie machen – Landwirtschaft und

Finanzinstitute ausgenommen – 96,8 Prozent aller Unternehmen und 52 Prozent der Arbeitsplätze aus. 75 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass 2014 weitere Steuererhöhungen bevorstehen.

Arbeitslosigkeit wird weiter steigen

Dass Staatschef Hollande unter diesen Umständen sein Versprechen noch einlösen kann, bis zum Jahresende die Arbeitslosenquote zu senken, ist mehr als zweifelhaft. Experten gehen eher von einem weiteren Anstieg aus.

Frankreichs Abstieg begann bereits in den neunziger Jahren, noch unter konservativen Regierungen. Den Sozialisten wird sie nun zur Bürde, weil sie die notwendigen Reformen nicht wagen. Die Sozialabgaben, die Arbeitgeber abführen müssen, seien die höchsten unter den 34 OECD-Ländern, heißt es in der Studie der Industrieländerorganisation. Eine Senkung der Lohnstückkosten würde den Privatkonsum einschränken, der für Frankreich so wichtig ist. Das wissen auch die OECD-Ökonomen. Doch die Regierung müsse sich entscheiden zwischen einer auf den kurzfristigen Erfolg orientierten Politik und langfristigen Strukturreformen, appellieren sie.

Vorerst ohne Erfolg. Paris schießt nach kurzfristiger Entlastung. So wurden sämtliche Reformen mit Ärgerpotenzial bis nach den Kommunalwahlen im März und den Europawahlen im Mai auf Eis gelegt. Auch die ohnehin auf den Minimalkonsens abgespeckte Rentenreform muss zur Widervorlage noch einmal ins Parlament. Die Sozialisten schrecken Umfrageergebnisse, wonach die rechtsextreme Front National bei der Europawahl in Frankreich stärkste Partei werden könnte. 24 Prozent sagen ihr die Meinungsforscher derzeit voraus. Vor allem enttäuschte Wähler der Sozialisten laufen ihr in Scharen zu. Das ist auch für Europa eine schlechte Nachricht.